

Lärm: Menschen am Mittelrhein fordern Alternativtrasse

Bahnverkehr Mehr als 1500 Teilnehmer bei Demonstration

Von unserer Mitarbeiterin Ulrike Bletzer

■ **Rüdesheim/Mainz.** Am Ende sah er abgekämpft aus – aber hochzufrieden. „Wir haben mit 1000 Teilnehmern gerechnet. Dass es so viele wurden, ist auch für uns eine Überraschung“, sagte Willi Pusch, Vorsitzender der „Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umwelt-schäden durch die Bahn“. Mehr als 1500 Menschen kamen nach Polizeiangaben zur Anti-Bahn-lärm-Demonstration in Rüdesheim – rund doppelt so viele wie bei der Erstaufgabe der Veranstaltung im vergangenen Jahr.

„Das ist der Anfang einer Bewegung“, stellte Burkhard Albers, Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises, bei der Abschlusskund-

gebung an der Brosserburg fest. Das Problem ist altbekannt: Bahn-lärm macht die Menschen krank, hinterlässt durch die Erschütterungen Risse in den Häuserwänden, mindert den Wert der Immobilien, schadet der Wirtschaft und hält Touristen vom Weltkulturerbe fern. Inhaltlich gab es also nicht viel Neues bei dieser Veranstaltung, bei der neben der Bürgerinitiative auch die sechs betroffenen Landkreise mit ihren Städten und Gemeinden als Organisatoren mitwirkten. Neu war aber vielleicht, wie viel Unterstützung der Widerstand gegen den Bahn-lärm inzwischen auf allen Ebenen der Politik hat – abzulesen etwa daran, dass neben etlichen Kommunal- und Regionalpolitikern auch Bundestagsabgeordneter Gustav Herzog und Klaus-Peter Willsch sowie der EU-Abgeordnete Nor-

„Der Bahnlärm hier hat inzwischen einen Namen: Dr. Peter Ramsauer.“

bert Neuser mitmarschierten. Klare Worte in Richtung Berlin fand Karl Ottes, Weltkulturerbe-Dezernent des Rheingau-Taunus-Kreises. „Der Bahnlärm hier hat inzwischen einen Namen: Dr. Peter Ramsauer“, sagte er in Anspielung auf die ablehnende Haltung des Bundesverkehrsministers gegenüber einer Alternativtrasse. Denn die, darin waren sich in Rüdesheim alle einig, ist ein absolutes Muss.

„Stichtag dafür ist 2015, wenn der neue Bundesverkehrswegeplan fortgeschrieben wird“, betonte Willi Pusch. „Falls wir es nicht schaffen, dass das Projekt darin aufgenommen wird, haben wir unsere Chance auf viele Jahre hinaus vertan.“

Auch in punkto kurzfristige Maßnahmen wurden himmlisch bekannte Forderungen laut: Nachfahrverbot, Reduzierung der Geschwindigkeit, Einführung ei-

nes lärmabhängigen Trassenpreissystems und vor allen Dingen eine Umrüstung der Güterzüge auf leises Fahrmaterial. Die Argumente der Redner und Aktivisten ähnelten sich. Ein schweres Versäumnis der Bundesbahn sei es gewesen, die 2001 fertiggestellte Trasse Köln–Frankfurt ausschließlich für Personenzüge zu konzipieren, kritisierte der Probst der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Sigurd Rink. Petra Müller-Klepper, Staatssekretärin im Hessischen Sozialministerium, betonte, mit der Fertigstellung des St.-Gotthard-Basis-Tunnels in wenigen Jahren werde sich die Situation noch verschärfen: „Das Güterzugaufkommen wird sich voraussichtlich verdoppeln. Wenn dann sogar im Zwei- bis Vier-Minuten-Takt Züge hier durchbrausen, wird das Tal vollends im Lärm untergehen.“

Aber auch optimistische Signale gab es in Rüdesheim – zum Beispiel, als Innenminister Roger Le-

wenz berichtete, inzwischen stünden Rheinland-Pfalz und Hessen mit Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf eine gemeinsame Bundesratsinitiative kontra Bahnlärm und pro Ausweichtrasse in Kontakt. „Es müsste schon mit dem Teufel zugehen, wenn wir die Trasse mit vier Bundesländern im Boot nicht hinbekämen“, kommentierte Willi Pusch.

Für die Bahnlärm-Gegner ist das Maß bereits bis über den Rand voll, das machte die Demonstration in Rüdesheim mehr als deutlich. Aber wird sie auch etwas an der Situation ändern können? „Ja, das glaube ich schon“, so Pusch im Gespräch mit unserer Zeitung. Tags zuvor seien Vertreter der Bahn auf ihn zugekommen, mit dem Vorschlag, sich an einen Tisch zu setzen: „Offensichtlich merkt man dort jetzt, dass man am Widerstand, den die Menschen im Mittelrheintal leisten, nicht vorbeikommt.“

„Das ist der Anfang einer Bewegung“, stellte Burkhard Albers, Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises, bei der Abschlusskund-